

## «When the Mountain meets its Shadow»



Der Dokumentarfilm erzählt die Geschichten von Ashraf, Mne, Zoliswa und Arnold, die rund um Kapstadt ums Überleben kämpfen. Ashraf und Mne von der «Anti Eviction Campaign» setzen sich gegen Zwangsräumungen und Wassersperrungen ein. Zoliswa sucht eine neue Stelle als Hausangestellte und Arnold macht eine Ausbildung zum bewaffneten Wachmann. Auch zwanzig Jahre nach der Freilassung von Nelson Mandela kämpft Südafrika mit grossen sozialen Problemen.

Im Vorfeld der Fussball Weltmeisterschaft zeigt die KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika, mitgetragen vom SOLIFONDS) den hochaktuellen Dokumentarfilm, der die Problematik des «Unfinished Business of Apartheid» anschaulich darstellt. Zwei Protagonisten und die FilmemacherInnen werden anwesend sein:

**28. März, 11.30 Uhr, Basel**  
kult.kino atelier

**29. März, 19 h, Genf,**  
Cac-Voltaire

**30. März, 19 Uhr, Bern,**  
Kino in der Reitschule

im Mai/Juni weitere Vorführungen in  
St. Gallen, Luzern, Zürich.

Detaillierte Information unter:  
[www.apartheid-reparations.ch](http://www.apartheid-reparations.ch)  
oder beim SOLIFONDS.

SOLIFONDS  
Quellenstrasse 25  
Postfach  
CH-8031 Zürich  
Tel. 044 272 60 37  
Fax 044 272 11 18  
[mail@solifonds.ch](mailto:mail@solifonds.ch)  
[www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch)  
PC 80-7761-7

## Aktionskasse

### Bangladesh – Bolivien – Paraguay: Textilarbeiterinnen kämpfen gegen Kriminalisierung – Kleinbauern für Land



Fotos: Reuters / MST / MAP

«Wir von der Textilarbeiterinnengewerkschaft GWUF werden von keiner Organisation finanziell unterstützt und wurden es auch nicht in der Vergangenheit – ausser vom SOLIFONDS. Die GWUF konnte dank eurer zweimaligen Unterstützung viel für die Arbeiterinnen erreichen. Dafür sind wir euch sehr dankbar und bitten euch, uns dieses Jahr erneut zu unterstützen, wir haben so viele Aufgaben und Probleme zu lösen.» Eines der grossen Probleme sind die Rechtsfälle. Um die kämpferischen Gewerkschafterinnen zum Schweigen zu bringen, werden sie missbräuchlich der Brandstiftung, des Diebstahls oder gar des Mordes angeklagt.

Missbräuchlich angeklagt und inhaftiert werden auch Anführerinnen und Anführer von Bauernorganisationen in Paraguay. Seit dem Wahlsieg von Präsident Lugo 2008 treten die Bauernorganisationen jedoch selbstbewusster für ihr Recht auf Land und gegen die Ausbreitung von Sojamonokulturen der industriellen Landwirtschaft ein. Angesichts der zunehmenden Repression ist es entscheidend, ihre Organisationen, beispielsweise den MAP, zu stärken.

Die Landfrage wird in Bolivien auch nach der überzeugenden Wiederwahl von Präsident Evo Morales im Dezember vergangenen Jahres ein heisses Eisen bleiben. Grossgrundbesitzer und Holzfirmen verteidigen ihre Privilegien um jeden Preis, auch mit Gewalt. Auf der andern Seite sieht sich die Regierung mit den Erwartungen der vorab indigenen Bevölkerung konfrontiert. Denn selbst wenn Kleinbauernfamilien Land zugesprochen erhalten haben, sind sie auf Unterstützung für die Aufbauarbeiten angewiesen, wie das Beispiel der Siedlung «Tierra Nueva I» zeigt.

Angesichts der immensen Probleme nehmen sich die Beiträge, um die die drei Organisationen den SOLIFONDS ersuchen, bescheiden aus. Doch einmal mehr zeigt sich, dass auch kleinere Beiträge Wesentliches bewirken können. Dafür hat der SOLIFONDS seine Aktionskasse, aus der er diese drei und weitere Aktionen von Partnerorganisationen unterstützen wird. Mehr Informationen dazu finden Sie auf den folgenden Seiten.

## **Lucky Gems darf nicht an die Schmuckmesse in Basel!**

*Zahlreiche SchmucksteinschleiferInnen in China erkrankten an der tödlichen Lungenkrankheit Silikose. Eine der Hauptverantwortlichen ist die Firma Lucky Gems, die alljährlich an der Basler Schmuckmesse zu Gast ist. Fragen an Gewerkschafter und Nationalrat André Daguët.*

### *Was wurde bisher unternommen?*

*Seit 2005 engagieren sich SOLIFONDS und Unia zusammen mit der Hongkonger NGO Labour Action China und betroffenen chinesischen ArbeiterInnen, um auf die gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen in den südchinesischen Schmucksteinfabriken aufmerksam zu machen. Wir hatten seit 2005 wiederholt Gespräche mit der Basler Uhren- und Schmuckmesse, und an Medienkonferenzen berichteten betroffene ArbeiterInnen über ihren Kampf gegen die Silikose und für die ihnen gesetzlich zustehenden Entschädigungen.*

*Dieses Jahr hat sich der Schweizer Generalkonsul in Hong Kong für den Ausschluss von Lucky Gems ausgesprochen.*

*Wir hatten anlässlich der Reise einer Delegation nach Hong Kong und in die südchinesische Provinz Guangdong – aus der über 70 Prozent der globalen Produktion von Schmucksteinen stammen – Gelegenheit, mit dem Schweizer Generalkonsul Gespräche zu führen. Aufgrund eigener Abklärungen hat er im Dezember 2009 der Messe Basel empfohlen, Lucky Gems nicht zuzulassen und damit ein Exempel zu statuieren.*

### *Hat diese Intervention Wirkung gezeigt?*

*Nein, die Firma wird auch dieses Jahr im März an der Baselworld präsent sein. Der Entscheid über die Zulassung wurde von der Hongkonger Handelskammer HKTDC und der Basler Messe offenbar bereits früher gefällt.*

### *Was muss passieren, damit die Firma ausgeschlossen wird?*

*Das Reglement der Basler Schmuckmesse sieht vor, dass die Zulassung verweigert werden kann, wenn Aussteller den «Nachweis einer sozialen Beschäftigungspolitik» nicht erbringen können. Es ist wichtig, dass der Druck auf die Basler Verantwortlichen auch dieses Jahr erhöht wird, damit diese Bestimmung endlich zur Anwendung kommt. Unia und SOLIFONDS bleiben auf jeden Fall dran.*

## **Bangladesh: Textilarbeiterinnen kämpfen gegen Kriminalisierung**



Die Textilindustrie ist der wichtigste Exportsektor Bangladeshs – und basiert auf extrem ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Foto: Reuters / Andrew Biraj

In Bangladesh arbeiten rund drei Millionen ArbeiterInnen, 90 Prozent von ihnen Frauen, in 4'500 Textilfabriken. Ausbeuterische Praktiken sind an der Tagesordnung: ArbeiterInnen werden willkürlich entlassen und erhalten den Lohn der letzten Monate nicht mehr; sie müssen unbezahlte Überstunden bis spät nachts leisten, arbeiten sieben Tage die Woche und dürfen sich nicht gewerkschaftlich organisieren. Frauen werden sofort entlassen, wenn bekannt wird, dass sie schwanger sind. Frauen verdienen zudem weniger als Männer und sind oft Opfer sexueller Belästigung.

Die 1995 gegründete Garment Workers' Unity Forum (GWUF) – die einzige von Frauen geführte TextilarbeiterInnen-gewerkschaft in Bangladesh – setzt sich für einen Mindestlohn sowie für das Recht auf Organisation, auf einen wöchentlichen Freitag und Mutterschaftsurlaub ein. Sie fordert ausstehende Löhne ein und wehrt sich gegen illegale Entlassungen, oft mit Protesten und Streiks.

Den Protesten von ArbeiterInnen begegnen Unternehmer und Polizei mit massiver Repression: Im vergangenen Jahr wurden an drei grossen Gewerkschaftsmobilisierungen acht ArbeiterInnen erschossen und Hunderte verletzt. Zahlreiche AktivistInnen wurden verhaftet. Allein nach einer Mobilisierung im Oktober wurden gegen 3'000 ArbeiterInnen missbräuchliche Klagen eingereicht: Sie werden beschuldigt, dass sie die Fabrik anzünden wollten, Waren gestohlen oder einen Mord begangen haben. Damit soll die Gewerkschaftsbewegung zum Schweigen gebracht werden. 27 Klagen wurden allein gegen die GWUF-Präsidentin Mishu Mushrefa eingereicht.

Die Arbeit der GWUF besteht deshalb auch darin, dass sie gegen die missbräuchlichen Strafklagen vorgeht. 1'015 TextilarbeiterInnen kamen so auf Kautions frei. Die Gewerkschaft ihrerseits reichte Klagen wegen ausstehender Löhne sowie wegen sexuellen Missbrauchs von Arbeiterinnen ein.

Die GWUF arbeitet unter sehr prekären Bedingungen. Sie hat ausser in Dhaka kein Büro. Treffen und Trainings werden bei Aktivistinnen zu Hause oder in öffentlichen Parks durchgeführt. Obwohl die GWUF 85'000 Mitglieder hat, können die meisten ihren Mitgliederbeitrag nicht bezahlen.

Die Unterstützung durch den SOLIFONDS wird für Rechtshilfe, die Herausgabe einer Arbeiterinnenzeitung sowie Reisekosten für die Trainings von Gewerkschaftsaktivistinnen gebraucht.



## Bolivien:

### «Wir müssen das Landstück möglichst rasch bebauen.»



Das unerschlossene Land erfordert viel Aufbauarbeit, bevor der Landkampf in «Tierra Nueva I» erfolgreich abgeschlossen ist. Foto: MST-Cochabamba

ses Problem für «Tierra Nueva I». Der jahrelange Kampf für ein Stück Land und damit eine Zukunftsperspektive für die Jungen drohe zu scheitern.

Ihre Erleichterung war deshalb gross, als sie die Nachricht erhielt, dass der SOLIFONDS die Kosten im Zusammenhang mit den dringendst notwendigen Arbeiten übernehmen werde. Das sind in erster Linie Reisekosten. Denn aufgrund der letztjährigen Erfahrung hat die Gruppe entschieden, dass nur immer etwa die Hälfte der Familien im Beni arbeitet, während die andern das Auskommen am Herkunftsort im Hochland sichern. Das zieht Reisekosten nach sich. Ausserdem benötigt die Gruppe Werkzeuge und Zeltplanen. Zudem plant sie eine Einführung in ökologische, tropische Landwirtschaft – Neuland für die ehemaligen Hochlandbauern und -bäuerinnen.

«Dank eurer Unterstützung werden wir nun einen ersten Erntezyklus realisieren können», schreibt Asunta Salvatierra, «als Start von «Tierra Nueva I» und als erfolgreiches vorläufiges Ende unseres Landkampfes.»

Asunta Salvatierra, Präsidentin der Landlosenbewegung MST-Cochabamba (Movimiento Sin Tierra) in Bolivien, tönt verzweifelt. Nachdem eine Gruppe von siebzig Familien im vergangenen Jahr Land von der bolivianischen Agrarreformbehörde zugesprochen erhalten hat, droht sie dieses wieder zu verlieren. Was ist passiert?

Im Frühjahr 2009 begann die MST-Gruppe das verwilderte Landstück im östlichen Tiefland in der Provinz Beni zu roden. Kein leichtes Unterfangen, zusätzlich dadurch erschwert, dass alles Material zu Fuss herbeigetragen werden musste. Es gibt keinen Weg, ausserdem ist ein Fluss zu überqueren. Doch nicht genug der Probleme. Die Landlosen wurden von einer bewaffneten Gruppe im Auftrag von Holzfällern und Grossgrundbesitzern drangsaliert und schliesslich vertrieben.

Nach dem klaren Sieg von Evo Morales in den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Dezember (siehe Text nebenan) entschloss sich die Gruppe, auf das ihr zugeteilte Grundstück im tropischen Tiefland zurückzukehren und den Aufbau ihrer Siedlung «Tierra Nueva I» voranzutreiben. Sie steht auch unter Druck, denn das Agrarministerium hat angekündigt, dass es das Land anderen Gruppen vergeben würde, sollte die MST-Gruppe nicht zurückkehren.

Sie hätten jetzt zwar das Land, fährt Asunta Salvatierra fort, aber keine materielle Unterstützung für den Aufbau der Siedlung. Die fehlende Strasse und Brücke seien ein gros-

## Wahlen in Bolivien: Hoffnungsvolle Aussichten

In Bolivien ist im Dezember die Regierung von Evo Morales mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit wiedergewählt worden. Ein hoffnungsvolles Zeichen. Die rechte Opposition, die mittels Verhinderungspolitik, gewalttätigen Übergriffen gegen Indigene und im September 2008 mit einem Massaker an Bauern und Bäuerinnen immer wieder versucht hat, Morales' Regierung zu destabilisieren, ist gespalten – nicht zuletzt wegen der Gewaltexzesse. Angehörige der Mittelklasse sehen sich nicht unbedingt mehr durch die Opposition vertreten und haben ihre Stimme zum Teil auch Evo Morales gegeben. Der in den Wahlen zweitplatzierte Oppositionskandidat Manfred Reyes Villa, gegen den Klagen wegen Korruption vorliegen, hat sich inzwischen in die USA abgesetzt.

Mit der erreichten Zwei-Drittels-Mehrheit in beiden Parlamentskammern dürfte es für die Regierung nun einfacher sein, Veränderungen im Land zugunsten der Bevölkerung umzusetzen, die mehrheitlich indigen und mehrheitlich arm ist. Noch vor über einem Jahr hatte die Opposition den Prozess zu einer neuen Verfassung blockiert, und erst nach diversen Abstrichen kam der Verfassungsentwurf im Januar 2009 zur Abstimmung – und wurde deutlich angenommen. Jetzt geht es darum, diese Verfassung umzusetzen. Zum Einlenken bewegt worden war die Opposition übrigens durch die Streichung einer rückwirkenden Landreform. Diese hätte dazu geführt, dass riesige Ländereien wie etwa des Millionärs und Rechtsoppositionellen Branko Marinkovic aufgeteilt worden wären – und hätte damit die längst fällige Entkolonialisierung auf dem Land eingeleitet. Schritte in diese Richtung, insbesondere von den Landlosen gewünscht, könnten unter den neuen politischen Verhältnissen eher umzusetzen sein.

### **Asunta Salvatierra,**

Präsidentin von MST Mujeres, weil im April auf Einladung von E-Changer in der Schweiz.

Informationen zu den geplanten öffentlichen Veranstaltungen werden auf [www.solifonds.ch](http://www.solifonds.ch) sowie auf [www.e-changer.ch](http://www.e-changer.ch) zu finden sein.

## Paraguay: Die Organisationen der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen stärken



Ausbildung und Diskussionen sind zentral im Kampf um Land.

Foto: MAP

Die Wahl des Reformers Lugo zum Präsidenten 2008 hat den Volksorganisationen in Paraguay Auftrieb gegeben, wenngleich die oligarchischen Kräfte mit ihrer Parlamentsmehrheit weiterhin die Politik bestimmen. Der MAP (Movimiento Agrario y Popular) konnte seine Mitgliederzahl verdreifachen, insbesondere auch den Frauenanteil massiv erhöhen, und ist heute in sechs Departementen (total 17) aktiv. Es gilt jetzt, diesen Schwung aufrecht zu erhalten und möglichst zu vertiefen. Dem für Ende Februar 2010 vorgesehenen nationalen Kongress des MAP, der 1'000 Delegierte zusammenbringen wird, kommt deshalb grosse Bedeutung zu.

Zum einen wird der MAP seine Forderungen zur Agrarpolitik der Regierung formulieren und Vorschläge zu deren Umsetzung erarbeiten. Im Zentrum steht eine Agrarreform zugunsten der armen Landlosenfamilien. Mit eigenem Land können sie sich genügend ernähren und gleichzeitig kann die Ausweitung der agrokapitalistischen Monokulturen gebremst werden. Dann stehen Entscheidungen über die internationale Vernetzung mit Via Campesina und der lateinamerikanischen Bauernorganisation CLOC zur Debatte. Und schliesslich geht es um die für Herbst anstehenden Wahlen in den Gemeinden. Obwohl der MAP parteipolitisch unabhängig ist, wird dies ein zentraler Punkt am Kongress sein. Denn es muss verhindert werden, dass die konservativen Kräfte den Sieg davon tragen.

Die Mitglieder des MAP gehören zur armen Landbevölkerung (vgl. nebenstehendes Zitat aus der NZZ) und deshalb ist es für viele Delegierte nicht möglich, selber für die Transportkosten aufzukommen. Der MAP hat deshalb den SOLIFONDS um finanzielle Unterstützung ersucht: vier Dollar pro Delegierte oder Delegierten für die Reisekosten und Verpflegung.

Der Stiftungsrat hat dem Gesuch zugestimmt, denn in der jetzigen Situation in Paraguay ist es ungemein wichtig, die demokratischen Volksorganisationen zu stärken.

**Im Namen der Textilarbeiterinnengewerkschaft GWUF in Bangladesh,  
der Bauern- und Bäuerinnenorganisation MAP in Paraguay  
und der Landlosen in Bolivien**

**danken wir Ihnen herzlich für Ihre Solidarität!**

## **Bauernbewegung wird kriminalisiert**

«Nach neuesten Erhebungen des nationalen statistischen Amtes leben 49 Prozent der ländlichen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, und 31 Prozent stecken gar in extremer Armut; das heisst, sie sind nicht in der Lage, für die lebensnotwendigen Bedürfnisse aufzukommen. Ohne genügend Land sind diese Bauern in ihren Dörfern de facto in ihrer Armut gefangen. (...) Für die mächtigen, mit der Exportlandwirtschaft verbundenen wirtschaftlichen Interessen ist eine Landreform aber ein rotes Tuch. Dies nicht nur, weil sie allenfalls um ihre Ländereien fürchten müssen, sondern auch, weil dieser Sektor selbst ebenfalls danach trachtet, die eigene Grundfläche, etwa im Zeichen des Soja-Booms, weiter auszudehnen.» (NZZ, 5.1.2010)

Dieser Entwicklung schauen die Kleinbauern- und Landlosen-Organisationen in Paraguay nicht tatenlos zu. So kämpft die Kleinbauernbewegung MAP (Movimiento Agrario y Popular) seit 2003 dafür, dass Agrarland an die Landlosen verteilt und damit auch die Ausdehnung des Sojaanbaus gestoppt wird. Dazu errichten sie Protestlager (campamentos) in den betroffenen Gebieten. In der Folge kommt es immer wieder zu gewaltsamen Vertreibungen, zahlreiche Mitglieder der Organisation wurden verfolgt oder gar ermordet.

Aktuell ist eine eigentliche Kriminalisierungskampagne im Gange. Nach der kürzlichen Entführung eines Grossgrundbesitzers wurden sechs Führungspersonen von Bauernorganisationen unter dem Vorwand, dass sie einer Guerilla angehören, verhaftet, und gegen zahlreiche weitere sind Haftbefehle erlassen worden.

### Impressum:

Herausgeberin: Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt», getragen vom Schweiz. Gewerkschaftsbund SGB, von der SP Schweiz, dem Schweiz. ArbeiterInnenhilfswerk SAH und den Mitstifterorganisationen: Afrika-Komitee, AAB Südliches Afrika, Erklärung von Bern, Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika FEPA, Guatemala-Komitee, Magasins du Monde, Nicaragua- und El-Salvador-Komitees, Schweiz. Unterstützungskomitee für das Sahraische Volk, terre des hommes Schweiz, Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien.

Das Informationsbulletin erscheint 5mal jährlich.

Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann  
Druck: printoset, Zürich